

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

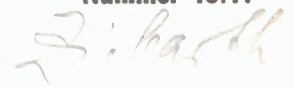
Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

36. Jahrgang

Berlin, den 30. April 1969

Nummer 18/19



Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1969

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Institut für Konjunkturforschung), Berlin

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung,
Braunschweig-Völkenrode

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Hamburg

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschafts-
forschung, Essen

Abgeschlossen in Essen am 25. April 1969

Die Lage der Weltwirtschaft

Im Winterhalbjahr 1968/69 setzte sich das kräftige wirtschaftliche Wachstum in den westlichen Industrieländern fort. In Westeuropa hat sich das Expansionstempo noch beschleunigt, während in den USA eine Verlangsamung einsetzte. Der Welthandel nahm sehr stark zu. Auch die Ausfuhr der Entwicklungsländer stieg erheblich.

Verlangsamung der Expansion in den USA

In den Vereinigten Staaten hat sich seit Herbst 1968 das Tempo des wirtschaftlichen Wachstums abgeschwächt. Nachdem es in den ersten drei Quartalen 1968 noch knapp 6 vH (real, saisonbereinigte Jahresraten) betragen hatte, ist es im vierten Quartal 1968 auf 3,5 vH gesunken und dürfte im ersten Quartal 1969 nur etwa 3 vH ausgemacht haben. Die Expansion der privaten Nachfrage schwächte sich im Herbst 1968 ab, nachdem die restriktiven fiskal-

politischen Maßnahmen bereits Mitte des Jahres ergriffen worden waren. Die Verbraucher erhöhten ihre Ausgaben zunächst stärker, als ihr verfügbares Einkommen zunahm. Im vierten Quartal 1968 flachte sich jedoch der Anstieg des privaten Verbrauchs ab; die Ausgaben für dauerhafte Güter stagnierten sogar.

Ab Anfang 1969 wird das verfügbare persönliche Einkommen durch die erhöhten Sozialabgaben und im April 1969 durch Steuernachzahlungen geschmälert; außerdem werden wegen der schwächeren Zunahme des Arbeitsvolumens und geringerer Lohnsatzsteigerungen die Arbeitseinkommen im weiteren Verlauf des Jahres 1969 weniger kräftig ansteigen als 1968. Zwar hat der private Verbrauch im ersten Quartal 1969 bei erheblicher Verringerung der Sparquote wieder beschleunigt zugenommen, jedoch ist kaum damit zu rechnen, daß sich diese

Entwicklung fortsetzt. Vielmehr dürften nach der Anpassung an die höhere Abgabenbelastung von dem privaten Verbrauch in diesem Jahr keine nennenswerten expansiven Wirkungen mehr ausgehen. Die Halbierung des Steuerzuschlags soll erst am 1. Januar 1970 in Kraft treten.

Die Ausgaben des Bundes für Güter und Dienste sind im zweiten Halbjahr 1968 nur noch langsam gestiegen und dürften sich bis Mitte 1969 nur wenig verändern. Wegen der geplanten Kürzungen im Haushaltsvoranschlag für das Rechnungsjahr 1969/70 ist im zweiten Halbjahr 1969 höchstens eine leichte Zunahme zu erwarten. Die Ausgaben der Staaten und Gemeinden, auf die die Hälfte der gesamten öffentlichen Ausgaben entfällt, werden hingegen weiterhin kräftig steigen.

Einen stimulierenden Faktor stellen dagegen die privaten Investitionen dar. Zwar gehen von den Lagerinvestitionen, die im vergangenen Jahr leicht beschleunigt zugenommen hatten, keine expansiven Einflüsse aus. Jedoch wollen die Unternehmen nach der Befragung vom Januar/Februar 1969 ihre Anlageinvestitionen im Jahre 1969 um fast 14 vH gegenüber 1968 erhöhen, wobei die größte Ausweitung für das erste Quartal geplant war.

Die Ausdehnung der gewerblichen Anlageinvestitionen hat bisher ein weiteres Nachlassen des Wachstumstempos verhindert; die vorgesehene Abschaffung der Steuergutschrift für Investitionen wirkt auf das Vorziehen von Investitionsvorhaben hin. Die jüngsten Kreditrestriktionen und die Verschlechterung der Absatzchancen werden sich aber im zweiten Halbjahr dämpfend auf die Investitionen auswirken. In besonderem Maße wird der Wohnungsbau betroffen werden, der infolge staatlicher Förderungsmaßnahmen seit dem Herbst 1968 einen kräftigen Aufschwung zu verzeichnen hatte.

Der Preisanstieg in den Vereinigten Staaten hat sich bisher nicht verlangsamt. Die Verbraucherpreise lagen im Februar 1969 um 4,7 vH über denen des Vorjahres. Der Preisauftrieb dürfte sich zunächst kaum vermindern und erst bei länger anhaltender Dämpfung der wirtschaftlichen Expansion nachlassen.

Als Folge der binnenwirtschaftlichen Entwicklung wird sich das Importwachstum erheblich verlangsamten, während die Exporte nahezu im bisherigen Tempo zunehmen werden, so daß eine Verbesserung der amerikanischen Leistungsbilanz zu erwarten

ist. Da sich der Kapitalzstrom nach Amerika in der bisherigen Höhe kaum fortsetzen wird und die Kapitalexporte nach der Lockerung der Beschränkungen eher wieder zunehmen werden, ist trotz der zu erwartenden Verbesserung der Leistungsbilanz mit einer Verschlechterung der Zahlungsbilanz zu rechnen. Die Zahlungsbilanzsituation wird sich somit erneut anspannen, obwohl die wirtschaftspolitischen Instanzen durch die Anhebung des Diskontsatzes auf jetzt 6 %, eine Erhöhung der Mindestreserven und eine Beschränkung des Geldmengenwachses durch restriktive Offenmarktoperationen sowie den vorgesehenen Wegfall der Steuergutschrift für Investitionen auf eine weitere Dämpfung der Nachfrageexpansion hinwirken.

Im Verlauf des Jahres 1969 ist deshalb ein Nachlassen des wirtschaftlichen Wachstums in den Vereinigten Staaten zu erwarten; der Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts für das ganze Jahr 1969 wird immer noch 3,5 vH gegenüber 1968 betragen.

Kräftiger Aufschwung in Westeuropa

Die konjunkturelle Entwicklung der westeuropäischen Wirtschaft ist seit dem Herbst durch einen verstärkten Aufschwung gekennzeichnet. Die Produktionssteigerung in den letzten Monaten des vergangenen Jahres entsprach einem noch höheren Wachstumstempo, als es 1968 im Jahresdurchschnitt (Bruttosozialprodukt: + rd. 5 vH real) erzielt wurde. Die Beschleunigung war besonders ausgeprägt in der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, den Niederlanden und Schweden. Nach dieser Phase ungewöhnlich rascher Expansion hat die Produktion der westeuropäischen Wirtschaft seit der Jahreswende wieder etwas langsamer, doch immer noch kräftig zugenommen.

Die Beschleunigung der Expansion in Westeuropa spiegelt vornehmlich die Ausbreitung der ursprünglich besonders vom staatlichen Sektor und vom Export ausgehenden Nachfragebelebung auf die übrigen Bereiche wider. In Frankreich wurden dabei die konjunkturellen Einflüsse zunächst noch von Nachholeffekten (Reaktion auf die Streikausfälle im Frühjahr 1968) verstärkt, während in der Bundesrepublik Deutschland wirtschaftspolitische Sondereinflüsse (die Übergangsregelung bei der Einführung der Exportbesteuerung) eine wichtige Rolle spielten.

Charakteristisch für die Selbstverstärkung der Aufschwungskräfte in den meisten westeuropäi-

schen Ländern ist die beschleunigte Zunahme der privaten Anlageinvestitionen. Die Beschleunigung, die allerdings die Jahresergebnisse für 1968 im allgemeinen nicht mehr nennenswert beeinflusste, wurde durch die verbesserte Absatz- und Gewinn-situation sowie optimistischer gewordene Erwartungen der Unternehmer ausgelöst. Damit hat in diesem Schlüsselbereich wieder eine Angleichung der zuvor sehr unterschiedlichen Entwicklungstendenzen in den westeuropäischen Volkswirtschaften eingesetzt.

Zugleich mit den Investitionen ist in einer Reihe von Ländern auch der private Konsum vom Konjunkturauftrieb erfaßt worden. Einmal stiegen die verfügbaren Einkommen der Haushalte wieder schneller, zum anderen scheint dadurch verschiedentlich auch die Verbrauchsneigung angeregt worden zu sein. In Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden wirkte Ende vergangenen Jahres überdies die Erwartung von fiskalisch bedingten Preissteigerungen stimulierend.

Die kräftige Nachfrageausweitung gestattete in fast allen westeuropäischen Volkswirtschaften eine höhere Auslastung der Ressourcen. Besonders ausgeprägt war diese Entwicklung in der Industrie, die teilweise eine außerordentlich große Produktionselastizität bewies. Trotz beträchtlicher Produktivitätsfortschritte wurde dabei in einer wachsenden Zahl von Ländern eine Erhöhung der Beschäftigtenzahl erforderlich. Die Arbeitsmärkte gerieten so zunehmend unter den Einfluß des konjunkturellen Aufschwungs; die (saisonbereinigte) Zahl der Arbeitslosen hat sich seit dem Herbst vergangenen Jahres in den meisten Ländern verringert. Bemerkenswert hoch blieb allerdings die Arbeitslosigkeit in Italien.

Der Konjunkturauftrieb begann sich auch in der Lohnentwicklung niederzuschlagen. Dies gilt zwar weniger für die tariflichen Stundenlöhne, deren Anstieg noch um die Jahreswende überwiegend zwischen 4 und 6 vH blieb (Industrie, Vorjahresvergleich), doch deuten verschiedene Anzeichen auf eine beschleunigte Zunahme der Effektivverdienste hin.

Der Anstieg der Erzeuger- bzw. Großhandelspreise industrieller Erzeugnisse hat sich — auch wenn von dem raschen Preisauftrieb in Frankreich abgesehen wird — seit dem Herbst leicht beschleunigt. Das Vorjahrsniveau wurde jedoch im allgemeinen nur um 1 bis 2 vH übertroffen. Deutlicher

verteuerte sich die Lebenshaltung. Darin spiegelt sich nicht zuletzt die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise wider, die vorher durch ein reichliches Angebot zurückgegangen waren. Die Jahreszuwachsrate der Verbraucherpreise insgesamt erreichte in Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden — auch unter fiskalischen Einflüssen — zuletzt 5 bis 8 vH; in Belgien, Dänemark, Norwegen und Österreich betrug sie 3 bis 4 vH. Niedrigere Raten verzeichneten demgegenüber Schweden, die Schweiz und die Bundesrepublik Deutschland mit rd. 2 vH sowie Italien mit 1 vH.

Die Wirtschaftspolitik in einigen westeuropäischen Volkswirtschaften hat seit dem Herbst zunehmend restriktiv gewirkt, ohne daß eine Dämpfung der Konjunktur primäres Ziel gewesen wäre. So waren die in Frankreich und Großbritannien im November ergriffenen Maßnahmen der verschiedensten Art vor allem auf eine Verschiebung der Relation zwischen Inlands- und Auslandsnachfrage gerichtet, um die Leistungsbilanzungleichgewichte zu verringern. Die Welle der Diskonterhöhungen in den vergangenen Monaten hatte vornehmlich zum Ziel, Liquiditätsabflüssen entgegenzuwirken, wenngleich die erhöhte Beanspruchung der Ressourcen in Westeuropa die Bereitschaft zur Zinsanhebung sicherlich vergrößert hat. Erst in jüngster Zeit ist die konjunkturpolitische Zielsetzung einer Nachfragedämpfung in einzelnen Ländern, so in der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden, in den Vordergrund gerückt. Andererseits wird in Italien unverändert ein expansiver Kurs verfolgt.

Auch ohne weitere wirtschaftspolitische Bremsmaßnahmen zeichnet sich in Westeuropa für den Verlauf dieses Jahres überwiegend — wichtigste Ausnahme ist Italien — eine Verlangsamung des Nachfrageanstiegs ab. Dennoch ist für 1969 insgesamt eine Zunahme des realen Bruttosozialprodukts zu erwarten, die sich mit 4,5 bis 5 vH in der Größenordnung des vergangenen Jahres halten wird.

Beschleunigte Zunahme des Welthandels

Die Entwicklung des Welthandels war im zweiten Halbjahr 1968 durch eine ungewöhnlich starke Expansion gekennzeichnet. Die Ausfuhr der Welt (ohne Ostblockländer) überschritt im zweiten Halbjahr 1968 um etwa 16 vH ihren entsprechenden Vorjahrsstand; für das ganze Jahr ergab sich eine Wachstumsrate von mehr als 11 vH nach 5 vH im Vorjahr, wobei die durchschnittlichen Ausführpreise etwa unverändert blieben.

Zu der konjunkturell beschleunigten Ausweitung des Welthandels trugen vor allem die westeuropäischen Industrieländer bei. Eine wichtige Rolle spielte das sehr hohe Einfuhrwachstum der EWG-Länder, deren Binnenhandel sich wiederum stärker intensiviert als der Handel mit Drittländern. Außerdem nahm die Einfuhr Japans kräftig zu. In den USA folgte auf den Importboom des ersten Halbjahres 1968 — saisonbereinigt — ein stark verminderter Einfuhranstieg, da in großem Umfang Einfuhrlieferungen in Erwartung von Streiks vorgezogen worden waren. Gleichwohl verzeichneten die USA im ganzen Jahr 1968 unter den westlichen Industrieländern die mit Abstand größte Einfuhrzunahme.

Von der Nachfragebelebung auf den internationalen Gütermärkten profitierten die Industrieländer wiederum stärker als die Entwicklungsländer. Die Ausfuhrentwicklung der westeuropäischen Industrieländer, vor allem der EWG-Länder, war im zweiten Halbjahr 1968 konjunkturell stärker aufwärts gerichtet als vordem.

Die außenwirtschaftliche Situation der Entwicklungsländer verbesserte sich im Jahre 1968 beträchtlich. Da sich die Rohstoffnachfrage der westlichen Industrieländer kräftig belebte und die Rohstoffpreise stiegen, nahmen ihre Exporterlöse im zweiten Halbjahr 1968 gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit um über 10 vH zu. Auf die sehr günstige Ausfuhrentwicklung reagierten die Entwicklungsländer im zweiten Halbjahr 1968 mit einem beschleunigten Anstieg ihrer Einfuhr.

Ob die Ausfuhr der Entwicklungsländer künftig im gleichen Tempo zunehmen wird, ist sehr fraglich. So ist mit einer verlangsamten Zunahme der Industrieproduktion und mithin des Rohstoffverbrauchs in den westlichen Industrieländern zu rechnen. Auch werden die Rohstoffpreise ihre Aufwärtsentwicklung vermutlich nicht fortsetzen. Unter diesen Umständen ist es unwahrscheinlich, daß die Einfuhr der Entwicklungsländer ebenso schnell wie bisher zunehmen wird.

Anstieg der Rohstoffpreise

Auf den internationalen Märkten für Industrierohstoffe waren im Winterhalbjahr 1968/69 beachtliche Preissteigerungen zu verzeichnen. Die Rohstoffnachfrage in der westlichen Welt nahm weiterhin kräftig zu, weil die Industrieproduktion in Westeuropa und den USA zügig expandierte. Zeit-

weise wurde die Rohstoffnachfrage noch durch vorsorgliche Käufe aus Furcht vor Währungsabwertungen und Streiks verstärkt. Auf wichtigen Märkten reichte das Angebot nicht aus, um die Nachfrage zu gleichbleibenden Preisen zu decken.

Auf den NE-Metallmärkten und auf dem Kautschukmarkt traten im Frühjahr 1969 Versorgungsengpässe auf, als die Verarbeiter in den USA nach Beendigung des Hafentarbeiterstreiks begannen, ihre Vorräte wieder aufzufüllen. Preissteigernd wirkte auch die Ankündigung der amerikanischen Stockpile-Behörde, den Verkauf von Industrierohstoffen einzuschränken bzw. nicht so bald wieder aufzunehmen. Demgegenüber ergaben sich auf den Märkten einzelner Textilrohstoffe Preisrückgänge.

In den nächsten Monaten wird sich das Preisniveau auf den Märkten für Industrierohstoffe wenig ändern, obwohl mit einer Dämpfung des konjunkturellen Wachstums der Industrieproduktion in den USA zu rechnen ist. Denn die Produzenten werden durch Exportkontingente und Stützungskäufe das Angebot auch auf solchen Märkten knapp halten, auf denen sonst mit einer reichlichen Versorgung gerechnet werden könnte.

Auf den Weltmärkten für Nahrungs- und Genußmittel hat sich das Preisniveau in den letzten sechs Monaten ebenfalls kräftig erhöht. Dies ist im wesentlichen auf den Anstieg der Zucker- und Kakaopreise zurückzuführen. Die Preise für Weizen und Kaffee standen demgegenüber unter Druck. In den nächsten Monaten dürften die Nahrungsmittelpreise per Saldo etwa gleichbleiben. Den nach unten tendierenden Preisen auf dem Weltmarkt für Weizen werden Erhöhungen der Fleischpreise, insbesondere in Westeuropa, gegenüberstehen. Auf den Märkten für Zucker und Kaffee werden die internationalen Abkommen zur Stabilität der Preise beitragen.

Ausblick

Das wirtschaftliche Wachstum in den Industrieländern ist für das Jahr 1969 auf durchschnittlich etwa 4,5 vH (Zunahme des realen Bruttosozialprodukts) zu veranschlagen. Im Verlauf des Jahres wird sich die Nachfrageexpansion jedoch abschwächen. Die Wachstumsrate in den Mitgliedsländern der EWG wird mit durchschnittlich 5,5 vH erheblich größer sein als in den angelsächsischen Ländern, wo sie 3 bis 3,5 vH betragen wird. Bei alledem wird unterstellt, daß nicht eine erneute Zuspitzung

der internationalen Zahlungsbilanzprobleme zu einschneidenden wirtschaftspolitischen Eingriffen zwingt. Trotz der differenzierten Expansion zeichnet sich ein Ausgleich der Leistungsströme nicht ab. Solange die westliche Welt vor einer Bereinigung der Wechselkursverzerrungen zurückschreckt, wird sie daher wieder Wachstumseinbußen in Kauf nehmen müssen.

Die Bemühungen der Defizitländer konzentrieren sich zunehmend auf eine Verbesserung ihrer Leistungsbilanzen. Das machen die jüngsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen in den angelsächsischen Ländern deutlich. Ein Zahlungsbilanzausgleich führender Industrieländer durch Kapitalzuflüsse, wie er vor allem im vergangenen Jahr möglich war, ist längerfristig äußerst problematisch. Unter weltwirtschaftlichem Aspekt kann nicht darauf verzichtet werden, daß Industrieländer wie die USA und Großbritannien Kapital exportieren, d. h. einen Realtransfer in die übrige Welt vornehmen und auch selbst finanzieren. Auch ist es fraglich, ob ein Defizitland auf die Dauer in der Lage ist, genügend Kapital an sich zu ziehen. Gilt eine Volkswirtschaft erst einmal als international nicht mehr wettbewerbsfähig, so werden ausländische Gelder nur bei einem vergleichsweise hohen Zinsniveau zufließen. Das Zinsgefälle solcher Länder gegenüber den Kapitalexportländern muß so hoch sein, daß das Wechselkursrisiko überspielt wird. Damit wird der Kapitalmarktzins in den Überschußländern zur Richtgröße für das internationale Zinsniveau. Da die gegenwärtigen Überschußländer — die kontinentaleuropäischen Volkswirtschaften — Hochzinsländer sind, hat sich das Zinsniveau in den Defizitländern angepaßt.

Steigen in den Überschußländern die Zinsen — wie derzeit in der Bundesrepublik Deutschland —, so überträgt sich auch dieser Anstieg zwangsläufig auf die Defizitländer, wenn sie das Zinsgefälle erhalten wollen. So besteht die Gefahr eines wechselseitigen Hochtreibens des Zinsniveaus. Eine nachhaltige Anhebung des Zinsniveaus wäre aber in vieler Hinsicht unerwünscht. Beispielsweise wäre die relative Verteuerung der Wohnungsnutzung sozialpolitisch bedenklich, und die Konsequenzen für die Einkommensverteilung stünden im Widerspruch zu den angestrebten Zielen. Für Entwicklungsländer schließlich bildet eine zusätzliche Zahlungsbilanzbelastung durch hohe Kreditkosten ein Hindernis für ihre weitere Entwicklung.

Der Versuch, die Leistungsbilanzen durch Beeinflussung der binnenwirtschaftlichen Nachfrage zu

verbessern, ist angesichts der Größe der bestehenden Diskrepanzen wenig erfolgversprechend. Eine international abgestimmte Neufestsetzung der Währungsparitäten bietet sich unter diesen Umständen als beste Lösung an. Da die Aussichten hierfür gering sind, werden sich isolierte Paritätsänderungen der Länder mit extrem großen Leistungsbilanzungleichgewichten kaum vermeiden lassen. Eine Aufwertung als Ausdruck ökonomischer Stärke der Volkswirtschaft ist weniger mit psychologischen Schwierigkeiten behaftet als eine Abwertung. Zudem bringt sie überwiegend Vorteile. Sie führt unmittelbar zu einer Verbilligung der Einfuhrgüter und ausländischer Dienstleistungen wie z. B. Auslandsreisen. Mittelbar wirkt sie über verstärkten Konkurrenzdruck des Auslandes auf größere Preisstabilität im Inland hin. Auswirkungen auf Beschäftigung und Einkommen lassen sich durch flankierende Maßnahmen zur Nachfragebelebung verhindern. Eine Abwertung verteuert dagegen nicht nur die Lieferungen des Auslandes, sie verlangt auch kontraktiv wirkende, d. h. unpopuläre flankierende Maßnahmen.

Eine Wechselkursbereinigung ist eine zwar notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die Sicherung eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts auf längere Sicht. Dazu bedarf es vielmehr eines internationalen Gleichschritts in der Kosten- und Preisentwicklung, modifiziert entsprechend den Unterschieden in den Wachstumsbedingungen der einzelnen Länder. Bislang hat das heutige Währungssystem keinen ausreichenden Zwang zum internationalen Gleichschritt ausgeübt, nicht zuletzt deshalb, weil zunehmend zwischenstaatliche Kredithilfen zur Überbrückung von Zahlungsbilanzdefiziten gewährt wurden.

Versuchen einer Abstimmung auf freiwilliger Basis im Rahmen internationaler Organisationen ist ebenfalls der Erfolg versagt geblieben. Aus dieser Tatsache kann allerdings noch nicht gefolgert werden, daß eine Abstimmung auch künftig nicht gelingen könne. Vielmehr sollte es auf der Basis realistischer Währungsparitäten eher als bei dem starken Gefälle der Wettbewerbsfähigkeit möglich sein, einen Gleichschritt zu verwirklichen und etwaigen Abweichungen so rechtzeitig entgegenzutreten, daß die Entstehung neuer fundamentaler Verzerrungen verhindert wird. Eine weitere Bedingung wäre, daß die internationale Währungspolitik wieder beim Internationalen Währungsfonds konzentriert wird und strengere Maßstäbe bei der Gewährung von Kredithilfen angelegt werden.

Die Lage in der Bundesrepublik Deutschland

Allgemeiner Überblick

In der Bundesrepublik hat sich der konjunkturelle Aufschwung, gemessen an der Entwicklung der Gesamtnachfrage, bis in die jüngste Zeit in fast unvermindertem Tempo fortgesetzt. Die Produktion einiger Wirtschaftsbereiche wurde indes durch den kalten und schneereichen Winter stärker als üblich beeinträchtigt. In der Industrie ergab sich zu Jahresbeginn als Reaktion auf die Überhöhung vom Jahresende 1968 ein vorübergehender Produktionsrückgang. Damals hatte sich als Folge der auf eine D-Mark-Aufwertung gerichteten Spekulation und der außenwirtschaftlichen Absicherungsmaßnahmen der Anstieg der für die Ausfuhr bestimmten Produktion besonders verstärkt.

Schaltet man die Sondereinflüsse aus, so ergibt sich für das Winterhalbjahr 1968/69 ein stark aufwärts gerichteter Verlauf des realen Bruttosozialprodukts.

Dabei nahm die Erwerbstätigenzahl unvermindert kräftig zu. Wenn die Statistik selbst im ersten Vierteljahr 1969, in dem die Produktionstätigkeit in den Außenberufen durch schlechtes Wetter stark behindert war, ein Anhalten dieser Entwicklung anzeigt, so liegt dies allerdings auch daran, daß die Bezieher von Schlechtwettergeld weiter als Beschäftigte gemeldet bleiben. Zu Beginn des Frühjahres lag der Beschäftigtenstand — bei konjunktureller Betrachtung — schätzungsweise um etwas mehr als ein Prozent, das sind annähernd 300 000 Personen, höher als im Herbst. Die Arbeitszeit, die bis zum Jahresende durch Überstunden noch ausgeweitet worden war, wurde durch die kalte Witterung im Februar und März stark beeinträchtigt.

Die kräftige Erhöhung der Beschäftigtenzahl wurde zwar auch durch einen weiteren Abbau der konjunkturellen Arbeitslosigkeit erreicht — bis Ende März ging die Arbeitslosenquote saisonbereinigt auf 0,9 vH zurück —, vor allem aber durch eine dem Saisonverlauf entgegengerichtete starke Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte ermöglicht. Mit über 1,2 Millionen Personen waren Ende März 283 000 Ausländer mehr beschäftigt als ein Jahr zuvor. Bei dieser Entwicklung sind die Vermittlungsaufträge bei den Verbindungsstellen im Ausland zuletzt beschleunigt gestiegen.

Die starke Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften macht deutlich, daß die Elastizität des in-

ländischen Arbeitskräfteangebots nur noch gering ist. Die Zahl der insgesamt gemeldeten offenen Stellen hat sich bis zuletzt sehr kräftig erhöht und Ende März ein Niveau erreicht, das höher liegt als vor der Rezession. Bei der Bewertung dieser Entwicklung ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der offenen Stellen schon aus strukturellen Gründen (Verschlechterung des Altersaufbaus, Strukturwandel im Wachstum der Wirtschaftsbereiche u. ä.) einen langfristig steigenden Trend aufweist.

Besonders stark hat sich die Beschäftigtenzahl der Industrie erhöht; sie nahm von September 1968 bis zum März 1969 saisonbereinigt um reichlich 3 vH zu. Die technischen Produktionskapazitäten konnten so zunehmend ausgelastet werden. Zur Jahreswende wurden die industriellen Kapazitäten den Ergebnissen des Ifo-Konjunkturtests zufolge zu 88 vH genutzt. Im Wachstumszyklus der Jahre 1959/63 ist der Auslastungsgrad kaum höher gewesen. Von der durchschnittlichen Quote wich der Auslastungsgrad in den industriellen Hauptbereichen nur wenig ab.

Voraussetzung für die zügige Beschäftigungssteigerung in der Industrie war der ungebrochene konjunkturelle Anstieg der Nachfrage. Die Nachfrage aus dem Ausland bei der gesamten Industrie hat sich seit dem Herbst eher noch etwas stärker erhöht als die Inlandsbestellungen. Die Auftragsbestände haben bis zuletzt erheblich zugenommen.

Sowohl in der Gesamtwirtschaft als auch in der Industrie ist die Arbeitsproduktivität bis zum Jahresende konjunkturell ungewöhnlich stark gestiegen. Die leichte Abschwächung des Produktivitätswachstums (je Arbeitsstunde) im ersten Viertel dieses Jahres war durch Sondereinflüsse bedingt.

Die steigende Beschäftigung und die laufende Erhöhung der Effektivverdienste je Arbeitsstunde haben zu einer Beschleunigung im Wachstum der Bruttolohn- und -gehaltsumme geführt. Seit der Jahreswende nehmen in der Wirtschaft (ohne Staat) die Stundenlöhne rascher zu als die Produktivität: Die Lohnstückkosten weisen jetzt eine steigende Tendenz auf.

Der Preisanstieg hat sich aber nur vorübergehend verstärkt. Dabei gingen von den internationalen Märkten starke Preisauftriebstendenzen aus; sie kamen insbesondere in der Entwicklung der Preise für Nahrungs- und Futtermittel sowie bis Jahres-

ende in der der Seefrachten zum Ausdruck. Die Einkaufspreise für Auslandsgüter haben sich von ihrem Tiefstand im August 1968 bis zum März 1969 um 4,6 vH erhöht; die Einfuhrgüter der Ernährungswirtschaft allein verteuerten sich sogar um rund 10 vH. Diese Preistendenzen haben sich mit dem Wirksamwerden des Absicherungsgesetzes nicht nennenswert geändert.

Die Verkaufspreise für Ausfuhrgüter hatten sich bis November 1968 kaum erhöht; danach stiegen sie vor allem unter dem Einfluß des Absicherungsgesetzes bis zum März um 3,2 vH. Im Inlandsabsatz hat die Industrie ihr Preisniveau während des zurückliegenden Winterhalbjahres nur in den Monaten Dezember und Januar kräftig angehoben. Auch in den Investitionsgüterindustrien war der hier zum Jahresbeginn verhältnismäßig kräftige Preisanstieg zuletzt wieder gering. Anders als in der Industrie kam es in der Bauwirtschaft nach Jahresbeginn zu einem konjunkturell sich verstärkenden Preisauftrieb.

Der seit kurzem für alle privaten Haushalte vom Statistischen Bundesamt berechnete allgemeine Preisindex für die Lebenshaltung ist von September 1968 bis März 1969 um 2,3 vH gestiegen. Saisonbereinigt war der Anstieg geringer, er dürfte aber immerhin fast 2 vH betragen haben. Dabei blieben die Preise für gewerbliche Konsumgüter stabil, aber die Wohnungsmieten und die Preise für Ernährungsgüter setzten ihre Erhöhung beschleunigt fort, da dort die Zinsbelastung der Sozialmieten verstärkt wurde und sich hier das Angebot nicht nur an tierischen, sondern auch an pflanzlichen Ernährungsgütern verknappte.

Kräftige Expansion des privaten Verbrauchs

Die Expansion der Nachfrage der privaten Haushalte hat sich vom Sommerhalbjahr 1968 zum Winterhalbjahr 1968/69 verstärkt. Innerhalb des Winterhalbjahres war jedoch die Entwicklung sehr unterschiedlich. Der Verbrauch hat nach dem besonders starken Anstieg im vierten Quartal seit der Jahreswende nur noch wenig zugenommen.

Ausschlaggebend für diesen Wandel war die Entwicklung des Nettoarbeitseinkommens im ersten Quartal, das sich aufgrund hoher Lohnsteuerzahlungen, die mit einer Verzögerung des Lohnsteuerjahresausgleichs zusammenhängen, sowie wegen der erneuten Anhebung der Beitragssätze zur Sozialversicherung — saisonbereinigt — verminderte. Da-

gegen nahm die Bruttolohn- und -gehaltssumme weiterhin kräftig zu, obwohl auch hier — witterungsbedingt — Einbußen zu verzeichnen waren. Der Anstieg der effektiven Verdienste übertraf den der tariflichen stärker als zuvor.

Die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen, die seit Mitte 1967 bis Ende 1968 unvermindert kräftig zugenommen hatten, sind seit Jahresbeginn vermutlich kaum noch gestiegen.

Die übertragenen Einkommen wuchsen dagegen verstärkt weiter. Ihr Wachstum stand, anders als im Vorjahr, ungeschmälert unter dem Einfluß der Rentenaufbesserung. Außerdem mußte an die in der Bauwirtschaft Beschäftigten mehr Schlechtwettergeld als im Vorjahr gezahlt werden. Dies wog allerdings die Ausfälle bei der Nettolohn- und -gehaltssumme nicht auf, so daß das verfügbare Einkommen insgesamt schrumpfte.

Wachstum der Staatseinnahmen überflügelt das der Staatsausgaben

Mit einer Verzögerung von etwa einem Jahr folgte im Winterhalbjahr 1968/69 das Wachstum der Staatseinnahmen dem gesamtwirtschaftlichen Aufschwung. Die direkten Steuern expandierten besonders kräftig. Hierzu trug diesmal neben der sehr konjunkturreagiblen Lohnsteuer auch die Körperschaftsteuer bei. Die indirekten Steuern, die aufgrund des Systemwechsels bei der Umsatzsteuer im ersten Halbjahr stagniert hatten, folgten — wenn auch durch die Altvorräteentlastung noch gedämpft — dieser Entwicklung. Der Anteil der Steuern am Sozialprodukt hat sich nicht mehr verringert. Die Beitragseinnahmen der Sozialversicherungsträger stiegen nicht nur wegen der günstigen Entwicklung der Lohneinkommen, sondern auch wegen aufkommenserhöhender Rechtsänderungen verstärkt.

Auch die laufenden Ausgaben des Staates wuchsen beschleunigt. Ausschlaggebend für diese Entwicklung waren die Personalaufwendungen und die Einkommensübertragungen. Hier wirkten sich einmal die Heraufsetzung der Lohn- und Gehaltsätze im öffentlichen Dienst, zum anderen die Rentenanpassung und die höheren Zahlungen von Schlechtwettergeld aus. Das bis zum Jahresende noch kräftige Wachstum der staatlichen Investitionen hat sich im ersten Vierteljahr witterungsbedingt stark abgeschwächt.

Da das Wachstum der inlandswirksamen staatlichen Einnahmen das der Ausgaben übertraf, gingen vom Staat dämpfende Wirkungen aus.

Unverminderte Investitionsneigung

Das starke Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen, das im Sommer 1967 eingesetzt hatte, hielt bis in die jüngste Zeit hinein unvermindert an, sieht man von Schwankungen durch Sondereinflüsse in einzelnen Quartalen ab.

In den letzten Monaten des vergangenen Jahres hat sich zwar vorübergehend eine leichte Verlangsamung des Anstiegs abgezeichnet; dies ist aber darauf zurückzuführen, daß die Investitionsgüterhersteller im November/Dezember in verstärktem Maße das Ausland belieferten, um der Belastung der Altkontrakte durch die Exportsteuer zu entgehen. Als Reaktion auf diese Sondereinflüsse sind am Jahresbeginn die Inlandsumsätze von Investitionsgütern stark gestiegen. Die Investitionsneigung ließ bisher keine Abschwächung erkennen: Die Bestellungen bei den Investitionsgüterproduzenten wuchsen unvermindert kräftig; dabei hat sich die Anreicherung der Auftragsbestände fortgesetzt.

Der konjunkturelle Anstieg der Investitionsgüterpreise, der bis dahin gering gewesen war, beschleunigte sich um die Jahreswende 1968/69 erheblich. Im März hat dieser Anstieg nicht mehr angehalten. Da gleichzeitig die Investitionsteuer von 8 auf 7 vH ermäßigt wurde, ergab sich allerdings für die Investoren kaum eine Verteuerung der Ausrüstungsinvestitionen. Ihr Preisniveau war im ersten Vierteljahr 1969 um rd. ein Prozent höher als vor Jahresfrist.

Die Bauinvestitionen sind in den letzten Monaten des vergangenen Jahres im saisonbereinigten Verlauf weiter gestiegen. Im ersten Viertel dieses Jahres dürften sie gesunken sein, dies jedoch nicht nachfragebedingt, sondern ausschließlich wegen des außergewöhnlich kalten Winters. Im Bauhauptgewerbe sind in der Zeit von Januar bis März weit mehr Tagewerke ausgefallen als in jedem der vorangegangenen drei Jahre.

Von allen Bausparten hat sich der gewerbliche Bau im Winterhalbjahr am günstigsten entwickelt. Erfahrungsgemäß ist hier die witterungsbedingte Beeinträchtigung der Produktion gering, und außerdem hat die bis zuletzt stark expansive Nachfrage einen erheblichen Sog auf die Produktion ausgeübt.

Im öffentlichen Hochbau machte sich die angekündigte Finanzierungshilfe für kommunale Investitionen bemerkbar. Im Tiefbau war die Beeinträchtigung der Bautätigkeit durch den kalten Winter am stärksten.

Obwohl der Ausbau, der ein Drittel des Wohnungsbaus ausmacht, nur in geringem Maße von der Witterung behindert wird, ist der Wohnungsbau insgesamt im ersten Quartal etwa ebenso stark zurückgegangen wie der Tiefbau. Nicht zuletzt wegen des Auslaufens der Förderungsmaßnahmen aus dem zweiten Konjunkturprogramm war die Nachfrage nach Leistungen des Wohnungsbaus schwach.

Vorübergehender Rückgang der Ausfuhrüberschüsse

Das Exportgeschäft wurde in den letzten Monaten des vergangenen Jahres forciert. Die Ursache lag zunächst in der Währungsspekulation und in der Sorge vor dem drohenden Hafentarbeiterstreik in den USA, danach in der steuerlichen Sonderregelung für Altkontrakte im Rahmen des außenwirtschaftlichen Absicherungsgesetzes. Als Reaktion auf die vorangegangene Übersteigerung gingen nach der Jahreswende die Exporte vorübergehend zurück; die Ausfuhren in die USA wurden darüber hinaus durch die lange Dauer des Hafentarbeiterstreiks beeinträchtigt.

Die Ausfuhrpreise (Verkaufspreise für Ausfuhrgüter) sind im Zusammenhang mit dem außenwirtschaftlichen Absicherungsgesetz von November bis März um 3,2 vH heraufgesetzt worden; besonders stark war der Anstieg der Preise für Walzstahlerzeugnisse, Maschinen sowie feinmechanische und optische Erzeugnisse.

Das Wachstum der Wareneinfuhren hatte sich in den letzten Monaten des Jahres 1968 etwas verlangsamt. Auch hierzu dürfte nicht zuletzt die Währungsspekulation beigetragen haben. Dieser retardierende Einfluß kam Ende November mit der steuerlichen Entlastung der Wareneinfuhr zum Erliegen. Seither nehmen die Einfuhren wieder kräftig zu.

Das gilt einmal für die Bezüge von Ernährungsgütern, und zwar sowohl bei den tierischen als auch bei den pflanzlichen Erzeugnissen. Zum anderen nahmen die Bezüge von Investitionsgütern nach einem vorübergehenden Rückgang in den letzten Monaten von 1968 nun wieder rasch zu. Demgegen-

über sind die Einfuhren von Rohstoffen nur wenig gestiegen.

Die Einkaufspreise für Auslandsgüter erhöhten sich von November auf März um reichlich 2 vH, darunter die Preise für Ernährungsgüter um rund 4 vH. Ausschlaggebend für den Preisanstieg für die Güter der gewerblichen Wirtschaft, der 1,5 vH betrug, war die starke Verteuerung für NE-Metalle auf den Weltmärkten. Die Preise für Fertigwarenderzeugnisse stiegen indes nur um 0,8 vH. Die ausländischen Anbieter scheinen die Steuerentlastung für die deutschen Importe nur in geringem Umfang zu Preiserhöhungen auszunutzen.

Das Defizit im Dienstleistungsverkehr reduzierte sich seit Herbst weiter. Speziell in der Kapitalertragsbilanz verringerte sich der Ausgabenüberschuß kräftig, das Defizit in der Reiseverkehrsbilanz nahm leicht ab. Infolge der Sondereinflüsse verringerte sich der Außenbeitrag im ersten Vierteljahr erheblich.

Kurswechsel der Bundesbank

Seit einigen Monaten steht der Kapitalmarkt im Zeichen der Anspannung. Der Effektivzins umlaufender Rentenwerte weist seit Mitte Februar eine leicht steigende Tendenz auf, nachdem er seit Mitte 1968 stabil geblieben und davor gesunken war. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, daß sich in letzter Zeit die Zinssteigerungstendenzen auf den ausländischen Kreditmärkten und im Zusammenhang damit die Nachfrage des Auslandes nach deutschen Kapitalmarktmitteln erheblich verstärkt haben. Die langfristigen Kapitalexporte waren in den ersten drei Monaten dieses Jahres mit mindestens 5 Mrd. DM weit größer als in jedem Quartal von 1968.

Anfang Februar schwenkte die Bundesbank auf einen restriktiven Kurs ein. Sie stellte ihre Offenmarktkäufe am Anleihemarkt ein und interveniert seitdem nur noch im Auftrag und auf Rechnung der Emittenten. Ihre Fortsetzung fand diese Politik im März in der Kürzung der Rediskontkontingente der Kreditinstitute; allerdings hat diese Maßnahme eher Signalcharakter, da die Banken über einen ungewöhnlich großen Refinanzierungsspielraum verfügen. Dieser Maßnahme folgte im April eine Erhöhung des Diskontsatzes von 3 auf 4 %.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sich der Zinsanstieg auf dem Kapitalmarkt in der nächsten Zeit

fortsetzen. Diese Prognose stützt sich auf die Annahme, daß die öffentliche Hand im weiteren Verlauf des Jahres den Banken Liquidität entziehen wird. Anders als 1968 werden Bund und Länder in diesem Jahr nennenswerte Einnahmeüberschüsse erzielen. Sie werden diese Überschüsse zwar zum Teil vermutlich zur Schuldentilgung auf dem Kapitalmarkt einsetzen, ein erheblicher Teil wird aber auch bei der Zentralbank stillgelegt oder — was auf dasselbe hinausläuft — zum Abbau der Geldmarktverschuldung verwendet werden. Für diese Vermutung spricht jedenfalls das bisherige Verhalten des Bundes: Obwohl der Bund im vergangenen Jahr mit Defiziten abschloß und auf Fremdmittel zurückgreifen mußte, begann er, seine Geldmarktverschuldung mit Hilfe längerfristiger Kredite abzubauen. Da der Bund in diesem Jahr Überschüsse erzielen wird, ist um so mehr damit zu rechnen, daß er seine Geldmarktverpflichtungen ablöst.

Die nach der Diskonterhöhung zu erwartende Kreditverteuerung wird wahrscheinlich keine einschneidende Wirkung auf die Investitionsneigung der Wirtschaft haben. Obwohl die Selbstfinanzierungsquote deutlich sinken dürfte, werden die Unternehmen die geldpolitische Restriktion kaum zu spüren bekommen, weil nicht nur die Banken, sondern auch sie selbst noch über sehr reichliche Liquiditätsreserven verfügen. Überdies dürfte der Bremsweg der geldpolitischen Restriktionsmaßnahmen lang sein, weil bereits in Angriff genommene Projekte nicht wegen der zu erwartenden Zinskosten abgebrochen werden.

Stärker als auf die Investitionen wird sich die Erhöhung des inländischen Zinsniveaus auf die Zahlungsbilanz auswirken. Zwar haben die Grundbilanz und die Devisenbilanz nicht nur im Januar, der unter Sondereinflüssen stand, sondern auch in den beiden folgenden Monaten mit Defiziten abgeschlossen; aber angesichts der starken Zinsempfindlichkeit des Geld- und Kapitalverkehrs mit dem Ausland und der fortdauernden Unsicherheit hinsichtlich wechsellkurspolitischer Maßnahmen ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß eine Fortsetzung des geldpolitischen Restriktionskurses über kurz oder lang das Zinsgefälle gegenüber dem Ausland verringert und somit wieder unerwünscht starke Devisenüberschüsse induziert. Damit würden die Bemühungen anderer Länder um eine Lösung ihrer Zahlungsbilanzprobleme erschwert.

Ausblick

Eine quantitative Prognose der Wirtschaftsentwicklung in diesem Jahre bedarf folgender Vorbehalte: Da zum Zeitpunkt, an dem diese Vorausschau abgeschlossen wird, die weitere wirtschafts-, finanz- und außenwirtschaftspolitische Entwicklung schwer überschaubar ist, wird unter den Bedingungen des Status quo argumentiert. Die Vorausschätzung steht vor allem unter der Hypothese, daß die Wechselkurse der für die deutsche Wirtschaftsentwicklung maßgeblichen Währungen unverändert bleiben. Von den beschlossenen Restriktionsmaßnahmen der Regierung wurde allein die Erhebung einer fünften Vorauszahlungsrate auf die Gewinnsteuern in die Berechnungen einbezogen, da diese Entscheidung kaum rückgängig zu machen ist. Es wurde nicht unterstellt, daß die Empfehlung des Finanzplanungsrates, Steuermehreinnahmen möglichst nicht zur Finanzierung zusätzlicher Investitionsausgaben zu verwenden, die weitere Entwicklung fühlbar beeinflussen könnte.

Die bis zuletzt stark gestiegene Nachfrage nach Investitionsgütern wird in den kommenden Monaten zu einer immer noch kräftigen Zunahme der Investitionsgüterproduktion und der Ausrüstungsinvestitionen führen. Die vorhandenen Kapazitäten können vermutlich nicht nennenswert höher als zur Zeit ausgelastet werden, doch schaffen die hinzukommenden Kapazitäten einen erheblichen Spielraum für eine Ausweitung der Investitionsgütererzeugung.

Für den weiteren Verlauf des Jahres ist jedoch mit einer kräftigen Abschwächung im Anstieg der Investitionstätigkeit zu rechnen. Die nochmalige starke Auftragsvergabe der Investoren in den zurückliegenden Monaten läßt vermuten, daß der Höhepunkt des nunmehr bereits zwei Jahre andauernden Investitionszyklus bald erreicht sein wird. Die jetzt bekannten Investitionsabsichten für das Jahr 1969 hätten einen derart steilen Anstieg des Auftragseingangs nicht erfordert. Anders ausgedrückt: die für das laufende Jahr geplanten Investitionen sind sehr frühzeitig in Auftrag gegeben worden. Noch im Laufe dieses Jahres dürfte es zu einem konjunkturellen Rückgang der Bestelltätigkeit der Investoren kommen.

Auf den Wandel der Nachfragesituation werden die Investitionsgüterproduzenten — wie in früheren, vergleichbaren Konjunkturphasen — rasch reagieren. Zwar wird die laufende Nachfrage den Umsatz

zunächst noch übersteigen, so daß weiterhin Auftragsbestände gebildet werden, wenn auch in abnehmendem Umfang. Bevor es zu einem Abbau der Auftragsbestände kommt, sehen sich die Investitionsgüterproduzenten in der Erwartung eines weiterhin rückläufigen Auftragseingangs veranlaßt, die für den Inlandsabsatz bestimmte Produktion nicht mehr zu forcieren. So wird sich der konjunkturelle Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen von der Jahresmitte an zunehmend verringern.

Für die Bauinvestitionen kann man mit einem anhaltenden, wenn sich auch leicht abschwächenden Anstieg rechnen. Die Zunahme der Bauinvestitionen konzentriert sich auf die öffentlichen und die gewerblichen Bauten.

Die verstärkte Nachfrage nach öffentlichen Bauten wird insbesondere von den Gemeinden ausgehen, denen nach den Vorschlägen des Finanzplanungsrates vom Dezember 1968 ein Teil der gegenüber den ursprünglichen Schätzungen erwarteten Mehreinnahmen aus Ländersteuern zufließt. Die später im Rahmen des fiskalpolitischen „Dämpfungsprogramms“ ergangenen Empfehlungen sind in bezug auf die Gemeindeinvestitionen zu unverbindlich, als daß diese davon ernstlich berührt werden könnten.

Die gewerblichen Bauten werden angesichts der hoch ausgelasteten Produktionskapazitäten ebenfalls kräftig zunehmen. Der Wohnungsbau dürfte dagegen kaum verstärkt werden; die Förderung der Althausanierung ging zu Ende, und die öffentlichen Hilfen im sozialen Wohnungsbau werden keineswegs reichlicher fließen als im Vorjahr. Die am 1. April in Kraft getretene Tariflohnerhöhung wird dazu führen, daß die Baupreise zeitweilig verstärkt steigen.

Der private Verbrauch dürfte im weiteren Verlauf des Jahres nicht langsamer expandieren als im zweiten Halbjahr 1968. Das verfügbare Einkommen wird beschleunigt zunehmen. Dies gilt vor allem für das Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit: die tariflichen, noch mehr aber die effektiven Stundensätze werden verstärkt steigen. Die sonst — wegen der Progression des Steuertarifs — mit dem Einkommen steigende Steuerbelastung wird dann durch verstärkte Lohnsteuerrückvergütungen weitgehend kompensiert werden, so daß die konjunkturelle Zunahme des Nettoeinkommens mindestens bis zum Herbst nicht schwächer sein wird als die des Bruttoeinkommens.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzungen für das Jahr 1969

	1967 ¹⁾	1968 ¹⁾	1969 ²⁾	1968 ¹⁾		1969 ²⁾	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Sozialprodukts, real

Wachstumsraten in vH

Zahl der Erwerbstätigen	-3,0	0,2	1,1	-0,7	1,1	1,6	0,7
Arbeitszeit (arbeitsfähig)	-0,6	0,6	-0,3	0,8	0,4	-0,3	-0,4
Arbeitstage ³⁾	-0,2	-0,1	-0,1	-0,5	0,3	-0,5	0,3
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	-3,8	0,7	0,7	-0,4	1,8	0,8	0,6
Produktivität ⁴⁾	4,3	6,1	4,6	6,6	5,5	5,9	3,4
Bruttoinlandsprodukt	0,3	6,8	5,3	6,2	7,4	6,7	4,0

2. Verwendung des Sozialprodukts

a) Wachstumsraten in vH — in jeweiligen Preisen

Privater Verbrauch	2,4	5,7	8,5	4,1	7,1	9,5	8
Staatsverbrauch	6,7	2,9	9,5	0,8	4,7	10	8,5
Anlageinvestitionen	-9,4	10,4	14	6,2	14,1	15,5	13,5
Ausrüstungen	-9,4	11,1	20,5	6,0	15,6	28	14
Bauten	-9,5	9,8	8,5	6,3	12,8	4	12,5
Bruttosozialprodukt	0,9	9,0	9	7,5	10,4	10	8
Ausfuhr	8,2	12,9	9,5	7,2	18,4	13	7
Einfuhr	-1,3	12,7	15	9,4	15,8	18	12
Bruttosozialprodukt und Einfuhr	0,5	9,6	10	7,8	11,3	11,5	8,5

b) Mrd. DM — in jeweiligen Preisen

Privater Verbrauch	281,4	297,3	323,1	140,3	157,0	153,3	169,8
Staatsverbrauch	80,6	82,9	90,6	38,4	44,5	42,3	48,3
Anlageinvestitionen	110,4	121,9	139,2	54,5	67,4	62,8	76,4
Ausrüstungen	52,2	58,0	69,8	25,8	32,2	33,0	36,8
Bauten	58,2	63,9	69,4	28,7	35,2	29,8	39,6
Vorratsveränderung	-3,5	+8,2	+8,0	+6,3	+1,9	+7,0	+1,0
Außenbeitrag	+16,2	+18,5	+14,9	+8,1	+10,4	+6,8	+8,1
Bruttosozialprodukt	485,1	528,8	575,8	247,5	281,3	272,2	303,6
Ausfuhr	111,5	125,9	138,1	58,1	67,8	65,7	72,4
Einfuhr	95,3	107,4	123,2	50,0	57,3	58,9	64,3
Bruttosozialprodukt und Einfuhr	580,4	636,2	699,0	297,5	338,6	331,1	367,9

c) Wachstumsraten in vH — in Preisen von 1954

Privater Verbrauch	0,6	3,6	6	2,3	4,8	6,5	5,5
Staatsverbrauch	3,4	-0,8	4	-1,6	-0,1	5	3,5
Anlageinvestitionen	-7,4	8,6	12,5	5,3	11,5	15	10,5
Ausrüstungen	-8,2	9,7	18,5	5,2	13,5	26,5	12
Bauten	-6,4	7,3	5,5	5,3	9,0	1,5	8,5
Bruttosozialprodukt	0,2	7,0	5,5	6,3	7,7	6,5	4
Ausfuhr	9,6	15,4	7,5	8,7	21,8	12	3,5
Einfuhr	-0,4	16,6	14	11,9	20,9	18,5	9,5
Bruttosozialprodukt und Einfuhr	0,1	9,2	7,5	7,6	10,7	9,5	5,5

d) Mrd. DM — in Preisen von 1954

Privater Verbrauch	207,7	215,1	228,0	102,5	112,6	109,3	118,7
Staatsverbrauch	47,6	47,2	49,2	22,2	25,0	23,4	25,8
Anlageinvestitionen	79,1	85,9	96,8	38,4	47,4	44,3	52,5
Ausrüstungen	43,5	47,7	56,5	21,3	26,4	26,9	29,6
Bauten	35,6	38,2	40,3	17,2	21,0	17,4	22,9
Vorratsveränderung	-3,1	+7,2	+7,4	+5,5	+1,7	+6,5	+0,9
Außenbeitrag	+2,9	+2,2	-4,9	+0,7	+1,5	-2,7	-2,2
Bruttosozialprodukt	334,1	357,5	376,5	169,4	188,1	180,8	195,7
Ausfuhr	101,0	116,6	125,4	53,5	63,1	60,0	65,4
Einfuhr	98,2	114,5	130,3	52,8	61,6	62,7	67,6
Bruttosozialprodukt und Einfuhr	432,3	472,0	506,8	222,2	249,7	243,5	263,3

3. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1954 = 100)

Wachstumsraten in vH

Privater Verbrauch	1,8	2,0	2,5	1,8	2,2	2,5	2,5
Staatsverbrauch	3,2	3,7	5	2,5	4,8	5	5
Anlageinvestitionen	-2,2	1,7	1,5	0,9	2,4	0	2,5
Ausrüstungen	-1,2	1,3	1,5	0,7	1,8	1,5	1,5
Bauten	-3,3	2,3	3	1,0	3,5	2,5	3,5
Bruttosozialprodukt	0,6	1,9	3,5	1,1	2,5	3	3,5
Ausfuhr	-1,3	-2,2	2	-1,5	-2,8	1	3
Einfuhr	-0,9	-3,3	1	-2,3	-4,2	-0,5	2,5
Bruttosozialprodukt und Einfuhr	0,4	0,4	2,5	0,2	0,5	1,5	3

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzungen für das Jahr 1969

	1967 ¹⁾	1968 ¹⁾	1969 ²⁾	1968 ¹⁾		1969 ²⁾	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

4. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Wachstumsraten in vH

Volkseinkommen	-0,3	10,7	7,5	9,5	11,7	9	6,5
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	0,2	7,3	11	5,1	9,3	10,5	11
Bruttolohn- und -gehaltsumme	±0,0	6,8	10,5	4,6	8,9	10,5	10,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	-0,4	5,3	9	3,2	7,3	9	9
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-1,2	17,6	1,5	19,2	16,3	5,5	-1
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Staat)	-0,2	20,9	-1	25,7	17,5	4	-4,5
davon:							
Verteilt (Entnahmen und Vermögenseinkommen)	1,1	9,2	8	7,1	10,8	8,5	7,5

b) Mrd. DM

Volkseinkommen	363,7	402,5	433,2	186,9	215,6	203,5	229,7
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	243,4	261,0	289,3	123,4	137,7	136,6	152,7
Bruttolohn- und -gehaltsumme	217,5	232,3	256,4	109,6	122,7	120,9	135,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	177,5	186,9	203,5	89,6	97,3	97,6	105,9
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	120,3	141,4	143,9	63,5	77,9	66,9	77,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Staat)	86,0	104,0	103,2	45,4	58,6	47,2	56,0
davon:							
Verteilt (Entnahmen und Vermögenseinkommen)	77,4	84,6	91,3	35,5	49,1	38,5	52,8
Unverteilt (Nichtentnommene Gewinne)	8,6	19,4	11,9	9,9	9,5	8,7	3,2

5. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Wachstumsraten in vH

Nettolohn- und -gehaltsumme	-0,4	5,3	9	3,2	7,3	9	9
Öffentliche Einkommensübertragungen	10,1	4,8	7	6,0	3,6	7	7
Entnahmen (verteilte Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen)	1,1	9,2	8	7,1	10,8	8,5	7,5
Verfügbares Einkommen	2,0	6,3	8,5	4,8	7,8	8,5	8
Privater Verbrauch	2,4	5,7	8,5	4,1	7,1	9,5	8
Laufende Ersparnis	-0,6	11,8	5,5	10,5	12,9	1,5	8

b) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	177,5	186,9	203,5	89,6	97,3	97,6	105,9
Öffentliche Einkommensübertragungen	70,4	73,7	79,0	36,4	37,3	39,0	40,0
Entnahmen (verteilte Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen)	77,4	84,6	91,3	35,5	49,1	38,5	52,8
Abzüge: Nicht zurechenbare Steuern u. ä. ⁵⁾	8,5	8,2	9,0	8,9	4,4	4,2	4,8
Verfügbares Einkommen	316,9	336,9	364,8	157,6	179,3	170,9	193,9
davon:							
Privater Verbrauch	281,4	297,3	323,1	140,3	157,0	153,3	169,8
Laufende Ersparnis	35,5	39,6	41,7	17,3	22,3	17,6	24,1
Laufende Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	11,2	11,8	11,4	11,0	12,4	10,3	12,4

6. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁶⁾
a) Wachstumsraten in vH

Einnahmen							
Steuern	2,0	6,2	15,5	3,1	9,0	16	15
Sozialversicherungsbeiträge	2,5	11,3	14	10,4	12,1	13	15
Sonstige laufende Einnahmen	2,5	14,9	7	12,2	17,4	10,5	3,5
Laufende Einnahmen insgesamt	2,2	8,2	14,5	5,9	10,4	15	14
Vermögensübertragungen	7,9	1,2	.	-2,4	4,9	.	.
Einnahmen insgesamt	2,2	8,2	14,5	5,8	10,4	15	14
Ausgaben							
Staatsverbrauch	6,7	2,9	9,5	0,8	4,7	10	8,5
Laufende Übertragungen an private Haushalte	10,1	5,7	7	6,9	4,5	7	7
Sonstige laufende Übertragungen	5,1	44,8	10	48,2	42,0	16	5
Zinsen	28,1	1,1	17,5	6,4	-4,0	16	18,5
Laufende Ausgaben insgesamt	8,6	5,8	8,5	5,5	6,0	9,5	8
Vermögensübertragungen	3,8	2,9	9,5	-9,4	12,6	18	4,5
Nettoinvestitionen	-8,1	11,0	11,5	7,3	13,3	11	11,5
Ausgaben insgesamt	6,6	6,1	9	4,8	7,2	10	8

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzungen für das Jahr 1969

	1967 ¹⁾	1968 ¹⁾	1969 ²⁾	1968 ¹⁾		1969 ²⁾	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

b) Mrd. DM — in jeweiligen Preisen

Einnahmen							
Steuern	116,2	123,3	142,2	56,9	66,4	65,9	76,3
Sozialversicherungsbeiträge	53,7	59,8	68,2	28,7	31,1	32,5	35,7
Sonstige laufende Einnahmen	11,4	13,1	14,0	6,1	7,0	6,8	7,2
Laufende Einnahmen insgesamt	181,3	196,2	224,4	91,7	104,5	105,2	119,2
Vermögensübertragungen	0,8	0,8	0,8	0,4	0,4	0,4	0,4
Einnahmen insgesamt	182,1	197,0	225,2	92,1	104,9	105,6	119,6
Ausgaben							
Staatsverbrauch	80,6	82,9	90,6	38,4	44,5	42,3	48,3
Laufende Übertragungen an private Haushalte	70,9	74,9	80,3	36,9	38,0	39,6	40,7
Sonstige laufende Übertragungen	6,8	9,8	10,8	4,5	5,3	5,2	5,6
Zinsen	4,5	4,5	5,3	2,3	2,2	2,7	2,6
Laufende Ausgaben insgesamt	162,7	172,2	187,0	82,1	90,0	99,8	97,2
Vermögensübertragungen	11,1	11,4	12,5	4,4	7,0	5,2	7,3
Nettoinvestitionen	16,7	18,5	20,6	7,0	11,5	7,8	12,8
Ausgaben insgesamt	190,5	202,1	220,1	93,6	108,5	102,8	117,3
Finanzierungssaldo ⁷⁾	-8,4	-5,0	+5,1	-1,5	-3,6	+2,8	+2,3

¹⁾ Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. „Wirtschaft und Statistik“, 1969, Heft 2 und 3) und nach eigenen Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität. — Die Angaben in Mrd. DM wurden ohne Rücksicht auf die jeweils gebildeten Gesamtsummen gerundet. — ²⁾ Vorausschätzungen der beteiligten Institute. — Die Wachstumsraten wurden gerundet. — ³⁾ Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. — ⁴⁾ Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. — ⁵⁾ Steuern im Zusammenhang mit dem Privaten Verbrauch, wie Kraftfahrzeugsteuern der privaten Haushalte, Hunde-, Jagd- und Fischereisteuer; ferner Erstattungsbeträge im Rahmen der Sozialhilfe und Sozialversicherung, Strafen, freiwillige Beiträge von Selbständigen und Nichterwerbstätigen zur Sozialversicherung sowie Saldo der laufenden Übertragungen zwischen privaten Haushalten und der übrigen Welt. — ⁶⁾ Gebietskörperschaften, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung. — ⁷⁾ Summe aller Ausgaben ohne Darlehen an Dritte und Tilgung abzüglich Summe aller Einnahmen ohne Bruttokreditaufnahme und Darlehensrückflüsse von Dritten.

Die übertragenen Einkommen werden sich voraussichtlich in unverändertem Tempo erhöhen. Die den privaten Haushalten zufließenden Einkommen aus Unternehmertätigkeit werden dagegen wahrscheinlich etwas langsamer, die Vermögenseinkommen, nicht zuletzt unter dem Einfluß steigender Zinsen, etwas rascher als bisher wachsen.

Das Preisniveau des privaten Verbrauchs dürfte sich nur leicht beschleunigt erhöhen, da sich der Anstieg der Mieten und der Preise für Ernährungsgüter abschwächen wird.

Stärker als es an dieser Stelle im Herbst erwartet wurde, werden sich in diesem Jahr die Einnahmen des Staates vermehren. Die Neueinschätzung ergibt sich sowohl aus der sich nun abzeichnenden raschen Expansion der Einkommen und Umsätze als auch aus der vorgesehenen fünften Vorauszahlungsrates bei den Gewinnsteuern. Es kommt hinzu, daß bei der Mehrwertsteuer nach Vorliegen des Jahresergebnisses 1968 und nach dem Inkrafttreten der Exportsondersteuer ein gegenüber dem Herbst beträchtlich höherer Ansatz angebracht erscheint. Die direkten Steuern werden nur wenig schwächer zunehmen als die indirekten, deren Aufkommenserhöhung besonders vom Fortfall der Erstattungen auf Altvorräte geprägt wird. Die Beiträge zur

Sozialversicherung werden etwa ebenso stark steigen wie das Steueraufkommen (Jahreswachstumsrate 14 vH).

Die Ausgaben des Staates werden sich 1969 um schätzungsweise 9 vH erhöhen. Über dieser Durchschnittsentwicklung werden die Aufwendungen für Investitionen liegen. Das Wachstumstempo wird sich jedoch gegenüber dem vom zweiten Halbjahr 1968 nicht beschleunigen. Die Verbrauchsausgaben des Staates werden etwa ebenso stark zunehmen wie die Gesamtausgaben.

Einnahmen- und Ausgabenentwicklung des Staates werden sich so sehr unterscheiden, daß das Finanzierungsdefizit, das 1968 noch 5 Mrd. DM betragen hatte, fortfallen und einem Finanzierungsüberschuß etwa gleicher Größe weichen wird. Die vom Staatssektor auf die Gesamtwirtschaft ausgehenden restriktiven Wirkungen werden sich erheblich verstärken.

Die Ausfuhr dürfte nach dem vorübergehenden Rückgang zu Beginn des Jahres wieder kräftig wachsen, wenn auch nicht so rasch, wie es im zweiten Halbjahr 1968 unter dem Einfluß von Sonderfaktoren der Fall war. Für eine erneute Zunahme sprechen nicht nur die bis zuletzt kräftig gestiegenen Bestellungen des Auslandes, sondern auch die

weitere konjunkturelle Expansion bei den meisten Handelspartnern. Die — voraussichtliche — Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums in den Vereinigten Staaten bildet eine nennenswerte Ausnahme; ihre Wirkung auf den Export der Bundesrepublik dürfte aber durch die verstärkte Expansion in Italien kompensiert werden.

Auf seiten der Einfuhr werden die Bezüge von Rohstoffen und Halbwaren vermutlich nach wie vor nur im Umfang des laufenden Bedarfs steigen; Anhaltspunkte für eine Lageraufstockung liegen jedenfalls nicht vor. Die Einfuhr von Ernährungsgütern dürfte sich wegen des vorerst knapp bleibenden Inlandsangebotes an tierischen Erzeugnissen weiterhin erhöhen, wenn auch nicht mehr so rasch wie in den letzten Monaten. Die Importe von gewerblichen Fertigerzeugnissen werden dagegen zumindest bis in den Herbst unvermindert stark wachsen.

Im Verlauf des zweiten Halbjahres wird sich die Einfuhr wieder langsamer erhöhen als die Ausfuhr, so daß die Exportüberschüsse dann wieder zunehmen.

Im Dienstleistungsverkehr wird sich der im letzten Jahr zu beobachtende Rückgang der Defizite vermutlich nicht fortsetzen. Es werden nämlich infolge der hohen Gewinne im Jahre 1968 der Transfer von Kapitalerträgen ins Ausland und im Zuge der Einkommensexpansion die Reiseausgaben verstärkt wachsen.

Der Außenbeitrag für das gesamte Jahr 1969 dürfte sich auf etwa 15 Mrd. DM belaufen und damit annähernd so hoch sein wie im Rezessionsjahr 1967 und — sieht man von den Sondereinflüssen ab — im Jahre 1968.

Zur konjunkturpolitischen Situation

Die Mehrzahl der Institute vertritt folgende Meinung:

Die Bundesregierung will die Auftriebskräfte in der deutschen Wirtschaft mit kontraktiv auf die Nachfrageexpansion wirkenden Maßnahmen abschwächen, da sie befürchtet, der Preisanstieg werde sich im weiteren Verlauf des Jahres sonst nicht in den Grenzen halten, die sie durch die Forderung nach Geldwertstabilität gezogen sieht.

Hierzu ist zu sagen, daß die Gefährdung der Geldwertstabilität zur Zeit noch weniger als sonst an der Entwicklung des Preisniveaus des Sozialpro-

dukts abgelesen werden kann. Der Verlauf dieses Index wurde seit Ende letzten Jahres durch die beabsichtigten Wirkungen der Absicherungsmaßnahmen insofern beeinflusst, als sich das Preisniveau der Exporte ungewöhnlich kräftig erhöhte. Auch der Anstieg der Preise für Ernährungsgüter ist zum geringsten Teil konjunkturbedingt. Im übrigen fällt der Anstieg im Preisniveau des privaten Verbrauchs, dessen Entwicklung Aufschluß über die Erhaltung der Geldwertstabilität gibt, keineswegs aus dem Rahmen, der gegen Ende der Aufschwungsphase eines Konjunkturzyklus vertreten werden kann.

Die nun — wenn auch auf Widerruf — eingeleitete Politik der Konjunkturdämpfung läuft dem Bestreben zuwider, durch die Ersatzaufwertung eine Minderung der Ausfuhrüberschüsse zu erreichen. Wird diese Politik nicht rückgängig gemacht, so akzentuiert sie die noch in diesem Jahr von der öffentlichen Hand ohnehin ausgehenden retardierenden Einflüsse. Dies würde zu einer Verstärkung der binnenwirtschaftlichen Abschwächungstendenzen führen, die im zweiten Halbjahr von der Investitionsneigung ausgehen werden.

Da die steuerliche Aufwertung der Deutschen Mark bis zum 31. März 1970 befristet ist, muß bis dahin die weitere Linie der Außenwirtschaftspolitik festgelegt werden. Eine Aufhebung der Maßnahme, die einer D-Mark-Abwertung gleichkäme, kann in Anbetracht der weiterhin hohen und mit der gesamtwirtschaftlichen Nachfrageabschwächung sich tendenziell noch vergrößernden Ausfuhrüberschüsse nicht in Frage kommen. Es hat sich gezeigt, daß die Kompensation der hohen Leistungsbilanzüberschüsse durch entsprechend große Kapitalexporte währungspolitische Unruhe nicht verhindert. Entschließt man sich zu einer Verlängerung der Geltungsdauer des Absicherungsgesetzes, so bleibt der Schwebestand erhalten. Entscheidet man sich für eine isolierte Aufwertung, so wäre es aus außenwirtschaftlichen Gründen angebracht, einen Satz zu wählen, dessen Wirkung über die der Absicherungsmaßnahmen hinausgeht. Wachstums- und beschäftigungspolitisch würde eine solche Maßnahme um so bedenklicher sein, je länger sie hinausgeschoben würde. Die Aufgabe, ein angemessenes Wachstum und einen befriedigenden Beschäftigungsgrad durch eine Umkehr des konjunkturpolitischen Kurses zu sichern, wird dann immer schwieriger.

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, hält — unter der Annahme des wirtschaftspolitischen Status quo — die Hypothese für unwahrscheinlich, daß sich die konjunkturellen Spannungen schon im Laufe dieses Jahres als Folge eines zyklischen Rückgangs der Investitionsneigung von selbst lösen: Die steigende Zahl der offenen Stellen, die beschleunigt wachsenden Anforderungen von ausländischen Arbeitskräften, die bis in die jüngste Zeit hinein aufwärtsgerichtete Entwicklung der Aufträge, die zunehmenden Auftragsbestände und nicht zuletzt die sich mehrenden Preissteigerungen weisen vielmehr auf eine Entwicklung hin, die nach wie vor durch einen Nachfrageüberhang gekennzeichnet ist. Dies dürfte die Entwicklung der Preise und Löhne bis in das Jahr 1970 hinein bestimmen.

Auch wenn sich dramatische Zuspitzungen wie im Jahre 1965, als der Staat die Spannungen zyklisch verstärkte, gegenwärtig nicht abzeichnen und deshalb drastische Maßnahmen nicht erforderlich sind, ist dennoch eine dämpfende Konjunkturpolitik angebracht, wenn die wirtschaftliche Entwicklung verstetigt und die Stabilität des Preisniveaus nicht von der Nachfrageseite und schließlich auch von der Kostenseite her in Frage gestellt werden soll. Dies insbesondere, weil einmal eingetretene Preissteigerungen irreversibel sind, während eine zeitliche Verlagerung des gegenwärtigen Zuviel an Nachfrage nicht nur der Preisstabilität, sondern auch der Verstetigung des Wachstums dient.

Die von der Bundesregierung unternommenen finanzpolitischen Dämpfungsversuche können in der gegenwärtigen außenwirtschaftlichen Konstellation hoher Preisunterschiede zwischen dem Inland und dem Ausland bei unveränderten Wechselkursen keinen Erfolg haben: Sie würden, sobald sie zu wir-

ken begännen, die Preisdisparität zwischen dem Ausland und der Bundesrepublik „verfestigen“, wenn nicht vergrößern, und damit die Nachfrage des Auslands noch mehr als ohnehin anziehen. Die Dämpfungsmaßnahmen würden dadurch konterkariert, ja, das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht würde noch erhöht.

Die Lösung dieses Problems wurde durch das Gesetz zur außenwirtschaftlichen Absicherung bis zum 31. März 1970 vertagt. Sie wird um so dringlicher, je näher dieser Termin rückt.

Eine Verlängerung der Geltungsdauer würde ebenso wenig wie eine Umwandlung in eine entsprechend hohe Aufwertung das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht beseitigen. Jedenfalls zeichnet sich trotz der Quasi-Aufwertung, des voll entfaltenen Konjunkturaufschwungs und der verschiedenen von den anderen Ländern ergriffenen, zum Teil dirigistischen Maßnahmen für die Bundesrepublik bislang keine Verringerung des Außensaldos ab.

Die eleganteste und zugleich auch nachhaltigste Lösung der binnen- und außenwirtschaftlichen Probleme wäre eine allgemeine Neufestsetzung der Währungsparitäten verbunden mit einer größeren Flexibilität der Wechselkurse. Eine Kursänderung der D-Mark würde, solange sich die Preise und Kosten in den einzelnen Ländern unterschiedlich entwickeln, das Problem nicht auf Dauer lösen; sie würde aber die bestehenden Preisdisparitäten verringern oder ausgleichen.

Unerwünscht starken Rückwirkungen einer solchen Änderung auf Wachstum und Beschäftigung wäre gegebenenfalls mit flankierenden Maßnahmen zu begegnen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 und 53 Bonn, Adenauerallee 170
Tel.: (0311) 8 29 11 — telex 01 83247 diwbl

Präsident: Dr. Klaus Dieter Arndt

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Prof. Dr. Rolf Krenzel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Peter Mitzscherling, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Für die wissenschaftliche Leitung des Instituts und für den Inhalt der Wochenberichte verantwortlich ist das Kollegium der Abteilungsleiter. Schriftleitung: Dr. Wolfgang Watter.

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43

Bezugspreis für den Jahrgang DM 32.—, vierteljährlich DM 9.—, Einzelnummer DM 1.—

Der nächste Wochenbericht erscheint am 16. Mai 1969

